

[TRENDREPORT\_01]



FORUM Nachhaltiges Österreich (Hrsg.)

# Energieeffizienz im Wohnbereich & Armutsbekämpfung



[TRENDREPORT\_01]

## Inhalt

Trendreport – ein Instrument zur Politikvorbereitung	3
Einleitung	4
<b>1 Armut und Energieeffizienz: Grundlagen &amp; Verbindungen</b>	7
1.1 Energieeffizienz – Strategien & rechtliche Ausgangslage	7
1.1.1 EU-Aktionsplan für Energieeffizienz	7
1.1.2 EU-Gebäuderichtlinie	7
1.1.3 Österreichische Klimastrategie	7
1.2 Armut in Österreich	9
<b>2 Problemfelder Heizung, Wohnbau &amp; Gebäudesanierung, Stromverbrauch: Mögliche Steuerungsinstrumente der öffentlichen Hand</b>	12
2.1 Heizung	12
2.1.1 Heizkostenzuschüsse und -beihilfen	12
2.1.2 Heizkostensparen durch Bewusstseinsbildung	13
2.2 Wohnbauförderung und Altbausanierung	15
2.3 Stromverbrauch & elektrische Geräte	19
2.4 Best Practice aus Österreich	20
2.4.1 Energieeffizienz in einer marginalisierten Region: Güssing	20
2.4.2 Das SEP der Stadt Wien	21
2.4.3 Energieausweis für Gebäude in Salzburg	22
2.4.4 Vorarlberger Passivhausstandard	22
2.4.5 Energieberatung NÖ	23
2.5 Europäische Beispiele	24
2.5.1 Britische Nationale Strategie zur Linderung von „Energiermut“: UK Fuel Poverty Strategy	24
2.5.2 Belgien	25
Annex: Handlungsmatrix Energieeffizienz & Armut	26



## Trendreport – ein Instrument zur Politikvorbereitung

Das Forum Nachhaltiges Österreich veröffentlicht als offizielles Begleitgremium der Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie seit 2007 regelmäßige Trendreports.

Die Ziele eines Trendreports sind es nicht, wissenschaftliche Forschung zu betreiben.

Trendreports sollen aus einem unüblichen Winkel Blicke auf Fragen der Nachhaltigen Entwicklung werfen und notwendige politische Maßnahmen zur Konkretisierung Nachhaltiger Entwicklung diskutieren und anregen.

Ein Trendreport hat dabei die Absicht und Möglichkeit, vorhandene sektorale Forschungsergebnisse miteinander zu verknüpfen um neue Nachhaltigkeits-Fragestellungen zu beleuchten. Er kann weiters Defizite der Forschung aufzeigen, aber nicht füllen.

Die meisten Trendreports beziehen sich auf die Situation in Österreich und politische Maßnahmen, die in Österreich umgesetzt werden können. EU-Regelungen, die von Österreich mit beeinflusst werden können, werden dabei miteinbezogen. Mitgedacht, wenn auch auf Grund eines engen thematischen Fokus nicht immer explizit angesprochen, werden auch die Auswirkungen österreichischen Handelns oder Nicht-Handelns auf Länder des Südens.

Trendreports sind so zuerst ein Instrument der politischen Beratung, sie dienen als Input für den Nachhaltigkeitsdiskurs und die Weiterentwicklung der Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie.

Christian Baumgartner  
Kordinator Forum Nachhaltiges Österreich

Hubert Dürrstein  
Vorsitzender Forum Nachhaltiges Österreich

TRENDREPORT\_01 | SEPTEMBER 2007

# Energieeffizienz im Wohnbereich & Armutsbekämpfung<sup>1</sup>

*“Energy is of the greatest importance in ensuring social cohesion, economic stability and sustainable development. In developed economies, individuals are cut off from society if they do not have access to electricity. (...) Adequate energy provision therefore constitutes one of the key elements towards achieving citizens' successful participation in social and economic life.”<sup>2</sup>*

## Einleitung



[Neue energieeffiziente, umweltfreundliche und günstige Technologien sind für arme oder armutsgefährdete Personen kaum erschwinglich.]

Die Steigerung von Energieeffizienz gilt neben der Energieeinsparung als wichtige Maßnahme, um den nationalen CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu senken und damit zum Klimaschutz beizutragen. Von diesem umweltpolitischen Ziel abgesehen stellen die in den letzten Monaten deutlich gestiegenen Energiekosten und die Abhängigkeit Österreichs von Ölimporten ein gravierendes finanzielles Problem für große Teil der Gesellschaft dar. Insbesondere gilt dies für arme und armutsgefährdete Personen und/oder Familien, für die die gestiegenen Kosten für Energie eine überdurchschnittliche Belastung und Einschränkung ihrer Lebensqualität und ihrer Möglichkeiten bedeutet.

Neue energieeffiziente, umweltfreundliche und günstige Technologien sind für diese Personen kaum erschwinglich, weil es an den nötigen Rücklagen für Investitionen fehlt. Schon die Anschaffung neuer Fenster kann zum Problem werden. Auf Gebäudesanierungsmaßnahmen, die für die Verbesserung der Energieeffizienz im Wohnbereich sehr wichtig sind, haben Einkommensschwächere, die meist in Mietwohnungen leben, oft kaum Einflussmöglichkeiten.

Die EU-Kommission hält in einem Begutachtungsentwurf vom Juli 2007 fest: „Fuel poverty is considered to be a growing risk. High prices for primary energy sources as well as a num-

*ber of national and European policy choices for energy or in relation to environmental aspects may cause inflation in energy prices. (...) The Commission is of the opinion that the Member States have not sufficiently addressed the problem of vulnerable consumers. Indeed, only half of the Member States have attempted to even define such consumers and only five Member States are considered to have any form of social default tariff.”<sup>3</sup>*

Mangelnde Energieeffizienz ist ein nicht-nachhaltiger Trend in ökologischer Hinsicht (Klimaschutz) und in ökonomischer Hinsicht, vor allem in Zeiten höherer Kosten für Energieträger. Einkommensschwächere Personen und Familien sind von steigenden Energiepreisen stärker betroffen als Einkommensstärkere. Auch wenn Familien nicht bzw. gerade nicht unter die statistische Definition von „arm“ oder „armutsgefährdet“ fallen, so sind größere Investitionen im Energiebereich für diese nicht einfach zu leisten. Für viele Personen und Familien sind die in den letzten Jahren gestiegenen Energiekosten von durchschnittlich 2.330 Euro im Jahr 2003 auf 2.736 Euro im Jahr 2006 (berechnet pro Jahr und Haushalt aus den Kosten für Heizung, Warmwasser, Licht und Treibstoff; Quelle: Österreichische Energieagentur) problematisch.

In dieser Situation ist es kontraproduktiv, wenn Einkommensschwächere den Umbau hin zu einer nachhaltigeren und umweltfreundlicheren Energiewirtschaft als zusätzliche finanzielle Belastung empfinden oder gar zu spüren bekämen. Eine nachhaltigere und umweltfreundlichere Energiewirtschaft mit höherer Energieeffizienz hat auch eine mittel- und langfristige Kostensparnis für die Volkswirtschaft zur Folge. Es liegt aus umweltpolitischen Gründen in staatlicher Verantwortung, finanziell schwächere BürgerInnen in der tendenziell investitionsintensiven Umbauphase entsprechend zu unterstützen.

## Das Problem mit der „Treffsicherheit“

**Warum Treffsicherheit nichts mit Armutsvermeidung zu tun hat.**  
SozialwissenschaftlerInnen nehmen Stellung: Alois Guger, Christoph Badelt, Karin Heitzmann, Michael Förster, Gerhard Wohlfahrt, Bernd Marin

Diejenigen Staaten, deren Sozialsysteme sich in erster Linie an „Treffsicherheit“ orientieren wie England oder die USA haben höhere Armutsquoten als Staaten mit egalitärem Bildungssystem und der Absicherung sozialer Risiken für eine breitere Bevölkerung. Diese Systeme wirken offensichtlich stark präventiv.

Der Ökonom Michael Förster, beschäftigt an der OECD und am Europäischen Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung, kommt in einer vergleichenden Studie über Kinderarmut zum Schluss: „Jene Staaten, deren Nettotransfersystem am ehesten als ‚targeted‘ bezeichnet werden kann, sind nicht diejenigen, welche Armut am effektivsten vermindern – eher im Gegenteil. Ein wichtiges Element bleibt die absolute Höhe der Transfers (Sozialquote) sowie die progressive Verteilungswirkung des Steuersystems. Die Wirksamkeit von Sozialstaffelung ist gerade bezüglich ihres Primärziels der Armutsverringerung mehr als fraglich: Die (anglo-sächsischen) Länder mit viel targeting gehören zu jenen mit höchster Armut und Ungleichheit“ [...]

[www.armutskonferenz.at](http://www.armutskonferenz.at)

Welche Möglichkeiten hat die öffentliche Hand, Energieeffizienz im Wohnbereich zu steigern, ohne arme und armutsgefährdete Personen/Familien in der Umbauphase zu belasten oder gar in noch größere Armut zu treiben? Wie geht sie gleichzeitig damit um, dass viele EinwohnerInnen zu einkommensschwach sind, um aktiv aus eigenem Vermögen zu umweltpolitischen und volkswirtschaftlichen Nutzen beizutragen?

Problematisch ist, dass die Kosten für unverzichtbare Energie in der Grundversorgung ständig steigen und ein knappes Budget noch stärker belasten!

Welche Möglichkeiten gibt es für die öffentliche Hand in Österreich, arme und armutsgefähr-



[Es liegt aus umweltpolitischen Gründen in staatlicher Verantwortung, finanziell schwächere BürgerInnen in der tendenziell investitionsintensiven Umbauphase entsprechend zu unterstützen.]

<sup>1</sup> Basierend auf Recherchen der Koordinationsstelle des Forums Nachhaltiges Österreich (Karin Chladek) sowie auf Thesen, Materialien und Fakten, die vom Umweltbundesamt (Franz Meister, Umweltbundesamt-Abteilung IAT) zusammengestellt worden sind. Die Recherchen erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

<sup>2</sup> EU Kommission, „Towards a European Charter on the Rights of Energy Consumers“. Brüssel, 05.07.2007.

<sup>3</sup> EU Kommission, „Towards a European Charter on the Rights of Energy Consumers“. Brüssel, 05.07.2007, S. 4 –5.



dete Personen und/oder Familien hinsichtlich des Zugangs zu Energie zu unterstützen und dabei gleichzeitig mehr Energieeffizienz im Sinne des Klimaschutzes zu erreichen?

Es gibt eine Reihe von Förderungsmaßnahmen, wie Wohnbauförderungen, Förderungen für Altbausanierungen, Heizkostenzuschüsse und -beihilfen. Darüber hinaus gibt es viele Strom- und Energieeinsparungspotenziale, die aufgrund mangelnden Wissens noch zu wenig genutzt werden. Wie können öffentliche Förderungen in Richtung Energieeffizienz also verbessert werden? Wie können vorhandene Strom- und Energieeinsparungspotenziale auch von sozial schwächeren Personen/Familien besser ausgeschöpft werden?

Dies sind die Fragen, auf die das vorliegende Positionspapier des Forums Nachhaltiges Öster-

reich eingeht und Vorschläge für nächste Handlungsschritte macht.

#### MANGEL AN FORSCHUNG UND DATEN

Grundsätzlich wurde bei den Recherchen zu diesem Trendreport deutlich, dass es in Österreich derzeit an empirischen Daten über die Zusammenhänge zwischen (mangelnder) Energieeffizienz und Armut fehlt. So wäre es sinnvoll zu wissen, wie viele alte Öfen in armen und armutsgefährdeten Haushalten zu finden sind, wie viele arme und armutsgefährdete Haushalte in sanierungsbedürftigen Gebäuden angesiedelt sind, wie viele Haushalte in Österreich mehr als 10 % ihres Einkommens für Energie ausgeben müssen (in Anlehnung an die britische Definition von Energiearmut) etc.. Das Forum Nachhaltiges Österreich empfiehlt daher eine verstärkte Auseinandersetzung mit diesen Zusammenhängen, und zwar auf gesamtösterreichischer Ebene.



#### [Nota bene 1:

Mitglieder der AG Energie des Forums weisen deutlich darauf hin, dass eine reine Konzentration auf die Förderung von Energieeffizienztechnologien ohne eine Änderung der derzeitigen Finanz-, Steuer- und vor allem Infrastrukturpolitik hinsichtlich der angestrebten Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen kontraproduktiv sein kann. Denn steigt die Energieeffizienz, so könnten Energiedienstleistungen billiger und in Folge verstärkt nachgefragt werden. Durch diese gesteigerte Nachfrage könnte ein „Rebound-Effekt“ eintreten.]

#### [Nota bene 2:

Der Energieverbrauch im Verkehrsbereich ist ein hochrangiges Thema in Zusammenhang mit Klimaschutz. Da der Verkehrsbereich zentral in Hinblick auf Klimaschutz und sehr komplex ist, sprengt er den Rahmen dieses Positionspapiers, das sich auf den Bereich Wohnen konzentriert.]

### Die vom Forum Nachhaltiges Österreich empfohlenen Maßnahmen im Bereich Energieeffizienz und Armut

1. Empirische Studien über die Zusammenhänge zwischen (mangelnder) Energieeffizienz und Armut durchführen.
2. Heizkostenbeihilfe und -zuschüsse an ökologische Kriterien koppeln. Einkommensschwache sollen bei für sie kostengünstigerem UND umweltfreundlicherem Verhalten unterstützt werden, nicht zusätzlich belastet.
3. Altbausanierungen von Miethäusern im öffentlichen Eigentum vorantreiben. Einkommensschwache leben oft in privaten oder öffentlichen Mietwohnungen. Die für Sanierung nötigen Gelder bereitstellen, im Einklang von Bund und Ländern.
4. Förderungen für ökologischen Wohnbau und Altbausanierung (Dämmung) für alle zugänglich machen. Kleinere Förderungsmaßnahmen z. B. für Fensteraustausch prüfen und ggf. initiieren.
5. Stromverbrauch in den Haushalten senken, Ersatz alter „Stromfresser“ in einkommensschwachen Haushalten fördern.
6. Energieberatung (auch) für einkommensschwache Haushalte: Niederschwellige Beratungsangebote fördern und offensiv einsetzen.

# 1 Armut und Energieeffizienz: Grundlagen & Verbindungen

## 1.1 Energieeffizienz – Strategien & rechtliche Ausgangslage

Im Folgenden werden existierende politische Strategien und rechtliche Verpflichtungen angeführt, die in Österreich Vorgaben in Hinblick auf die Erreichung von höherer Energieeffizienz darstellen.

### 1.1.1 EU-Aktionsplan für Energieeffizienz

Der Aktionsplan für Energieeffizienz schlägt auf EU-Ebene ein Maßnahmenpaket vor, mit dem ausgehend vom Jahr 2005 ein Energieeinsparungspotenzial von 20 % bis 2020 verwirklicht werden soll. Die EU Energieeffizienzrichtlinie gibt indikative Ziele zur Erhöhung der Energieeffizienz von 9 % in neun Jahren (2008–2017) vor und verpflichtet die Mitgliedstaaten zur Vorlage von Energieeffizienz-Aktionsplänen. Der erste Energieeffizienz-Aktionsplan erschien im Sommer 2007.

### 1.1.2 EU-Gebäuderichtlinie

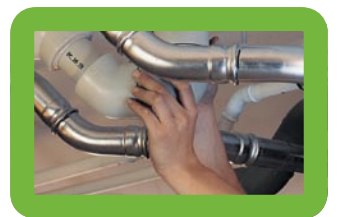
Die EU-Gebäuderichtlinie verpflichtet u. a. zur Vorlage eines Energieausweises bei Errichtung, Verkauf oder Vermietung von Gebäuden, dessen Gültigkeitsdauer zehn Jahre nicht übersteigt. Die verpflichtende Vorlage eines Energieausweises soll bewirken, dass vermehrt Gebäude, Wohnungen und Geschäftslokale mit guter Energieeffizienz angeboten werden.

Im Bundesland Salzburg besteht schon seit 2003 eine Energieausweis-Pflicht für alle Gebäude, für Neubauten seit 1993. Auch in Oberösterreich und Wien gilt die Verpflichtung, einen Energieausweis vorzulegen, ebenfalls bereits für Neubauten. Bis 2010 muss ein entsprechender Energieausweis in allen österreichischen Bundesländern vorgelegt werden.

### 1.1.3 Österreichische Klimastrategie<sup>4</sup>

Aus der im März 2007 dem Parlament vorgelegten Anpassung der Klimastrategie Österreichs geht hervor, dass zwar die Verdrängung der Kohle als Brennstoff für Haushalte in Österreich als weitestgehend abgeschlossen gilt, der Wohnsektor „dem Ziel der Klimastrategie 2002 jedoch gemäß vorliegenden Daten bis 2003 nicht wesentlich näher gekommen ist“. Es wird in diesem Zusammenhang betont, dass ca. 30 % des österreichischen Endenergieverbrauches auf Raumwärme und Warmwasserbereitung entfallen.

Die wesentlichsten Erfolge im Bereich der Haushalte konnten infolge der deutlich zunehmenden Maßnahmen in der Wohnbauförderung erzielt werden, wenngleich ambitionierte Vorgaben



[Die EU-Gebäuderichtlinie verpflichtet u. a. zur Vorlage eines Energieausweises bei Errichtung, Verkauf oder Vermietung von Gebäuden, dessen Gültigkeitsdauer zehn Jahre nicht übersteigt.]

<sup>4</sup> Anpassung der Klimastrategie Österreichs zur Erreichung des Kyoto-Ziels 2008-2012. Vorlage zur Annahme im Ministerrat am 21. März 2007.

für den Wohnungsneubau eine bislang größere Rolle gespielt haben als eine thermisch-energetische Sanierung. Die Modernisierung des Gebäudebestands unter besonderer Beachtung der Verbesserung der thermisch-energetischen Qualität gilt als Bedingung für eine maßgebliche Reduktion des Energieverbrauchs und der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Beheizung und Warmwasserbereitung.

**In der angepassten Klimastrategie Österreichs wird der Schluss gezogen, dass eine deutliche Forcierung der Gebäudesanierung in den nächsten Jahren eine wesentliche Voraussetzung für die Erreichung der Klimastrategie-Zielvorgabe darstellt.**

Eine weitere Steigerung der Gesamtenergieeffizienz im Gebäudebestand und des Umstiegs auf erneuerbare Energie und effiziente Fernwärme sind teil der zentralen Maßnahmenvorschläge der österreichischen Klimastrategie. Gerade in diesem Bereich kommt der öffentlichen Hand besondere Bedeutung zu, da sie durch verstärkte Maßnahmen eine wichtige Vorreiterrolle übernehmen muss, denn: „Die bisherige thermisch-energetische Sanierungsrate von jährlich unter 1 % ist keinesfalls ausreichend, um dem Ziel der Klimastrategie im Bereich Raumwärme wesentlich näher zu kommen.

Optimale thermisch-energetische Sanierung bewirkt laut Klimastrategie eine Reduktion des Energieverbrauchs im Einzelobjekt um ca. 40–70 %. Es wird vorgeschlagen, die thermische Sanierungsrate in den nächsten Jahren auf zumindest 3 % p.a. (2008–2012), mittelfristig auf 5 % p.a. anzuheben und die Qualität der Sanierungen (einschließlich Umstellungen der Heizungssysteme) zu verbessern. Dadurch könne mittelfristig eine Emissionsreduktion von jährlich 1,5 Mio. t erreicht werden.

Als Zusatzeffekt der fachgerechten Wärmedämmung steigt die Behaglichkeit beim Wohnen und die individuellen Betriebskosten sinken; das ist gerade für einkommensschwache Haushalte wichtig.

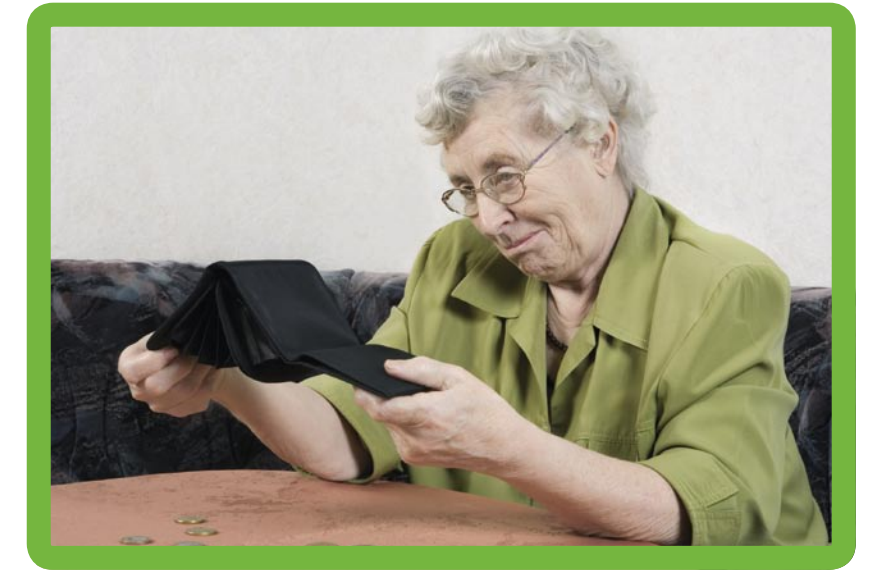
An dieser Stelle sei deutlich auf die Warnung von Fachleuten aus dem Energiebereich hingewiesen, welche im Rahmen dieses Trendreports befragt wurden, dass diese Ziele nicht erreicht werden können, falls die österreichische Bundesregierung die entsprechenden Gelder nicht bereitstellt bzw. zusammen mit den Bundesländern sich über die Umschichtung von Geldern aus anderen Bereichen berät und einigt.

Betont wird in der Klimastrategie, dass nur geringe Fortschritte bei der Reduzierung des Stromverbrauchs (auch) durch Haushalte erzielt worden sind, was entsprechende Auswirkungen auf die aufkommensseitige Emissionsentwicklung hat (durch nötig gewordene vermehrte Elektrizitätserzeugung). „Laut angepasster Klimastrategie ist der Stromverbrauchszuwachs der Grund dafür, dass der Anstieg der Stromproduktion aus Ökoenergien nicht zu einer Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Bereich der Stromproduktion geführt hat. Bei einer Neudefinition der künftigen Rolle von Ökostrom kommt also gleichzeitigen Maßnahmen zur Eindämmung von Stromverbrauchszuwächsen eine wesentliche Bedeutung zu.

Zu den wichtigsten Instrumenten zählen laut Klimastrategie

- der gezielte Einsatz von Wohnbauförderungsmitteln im Sinne der im Dezember 2004 abgeschlossenen Vereinbarung nach Art. 15a B-VG (einschließlich der dazu vereinbarten Berichtspflichten),
- die ambitionierte Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie (Einführung des Energieausweises, Sanierungsverpflichtungen bei großvolumigen Gebäuden etc.),
- weitere Verbesserungen im Bereich des Wohnrechts,
- die Prüfung einer steuerlichen Begünstigung von privaten Sanierungsmaßnahmen im Rahmen der Steuerreform im Sinne der Effektivität und mit dem Ziel der Energieeinsparung sowie
- die weitere Forcierung von Contracting-Modellen.

Wesentliche Impulse sind auch im Bereich der Heizungssysteme durch Erneuerung der Anlagen sowie Umstieg auf erneuerbare Energieträger und effiziente Fernwärme zu setzen. Der verstärkte Einsatz von Erneuerbaren in der Fernwärmeversorgung und in der Bereitstellung von Raum- und Prozesswärme im gewerblichen Bereich wird als wichtige Maßnahme zur Steigerung des Anteils erneuerbarer Energie am Gesamtenergieverbrauch angesehen. Darauf sollten sich laut Klimastrategie förderungs- und ordnungspolitische Initiativen in den nächsten Jahren konzentrieren.



## 1.2 Armut in Österreich

Wie wird in Österreich „arm“ und „armutsgefährdet“ definiert? Wie hoch ist die Zahl der einkommensschwachen Bevölkerung in Österreich nach dieser Definition?

Die seit Jahren steigenden Energiepreise stellen auch Personen und Familien vor Probleme, die nicht oder knapp nicht unter die statistische Definition von „arm“ oder „armutsgefährdet“ fallen. Auch diese können größere Investitionen im Energiebereich nicht ohne weiteres leisten.

In weiterer Folge muss zwischen spezifischen Unterstützungsmaßnahmen für Personen und Familien, die in so genannter „verfestigter Armut“ leben, und Erleichterungen für Einkommensschwächere auf dem Weg in Richtung mehr Energieeffizienz unterschieden werden. Da sich der Trendreport nicht ausschließlich auf spezifische Energie-Unterstützungsmaßnahmen für Personen in verfestigter Armut konzentriert, sondern einen etwas weiteren Bogen spannt, sind die im Folgenden skizzierten Maßnahmen und Best-Practice-Beispiele vor allem als Diskussionsanregungen zu verstehen.

Nach einer im Mai 2007 präsentierten Publikation der Statistik Austria gelten rund 420.000 Personen in Österreich als arm, rund eine Million als armutsgefährdet, das sind insgesamt 12,3 % der Bevölkerung. Als Indikator gilt das Medianeinkommen. Der mittlere Lebensstandard der Österreicher entspricht einem gewichteten Monatseinkommen von 1.500 Euro, das ist laut Statistik Austria der Medianwert: Jeweils die Hälfte der Bevölkerung verfügt über mehr beziehungsweise weniger Geld. Den 420.000 als arm geltenden Personen steht pro Monat deutlich weniger Geld als das Medianeinkommen zur Verfügung – unter 900 Euro im Monat. Die meisten dieser Einkommen liegen weit darunter. Die betroffenen Personen leben in einer verfestigten Armut, in der sie erhebliche Einschränkungen ihres Alltagslebens hinnehmen müssen.

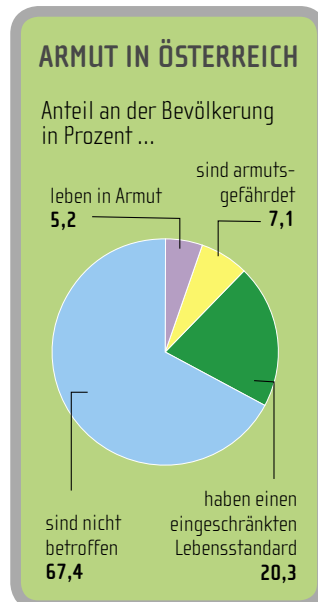
Rund eine Million Menschen in Österreich sind zudem armutsgefährdet und kommen nur auf ein Einkommen von 900 Euro pro Monat (60 Prozent des Medianeinkommens). Die Grundlage des Österreichischen Sozialministeriums für die Messung von Armutsgefährdung sind Richtwerte für das Haushaltseinkommen (Einpersonenhaushalt 785 Euro monatlich; 390 Euro für jeden weiteren Erwachsenen und 235 Euro für jedes Kind). Rund 231.000 Personen bzw. 15 % der Bevölkerung fallen

[Die seit Jahren steigenden Energiepreise stellen auch Personen und Familien vor Probleme, die nicht oder knapp nicht unter die statistische Definition von „arm“ oder „armutsgefährdet“ fallen.]

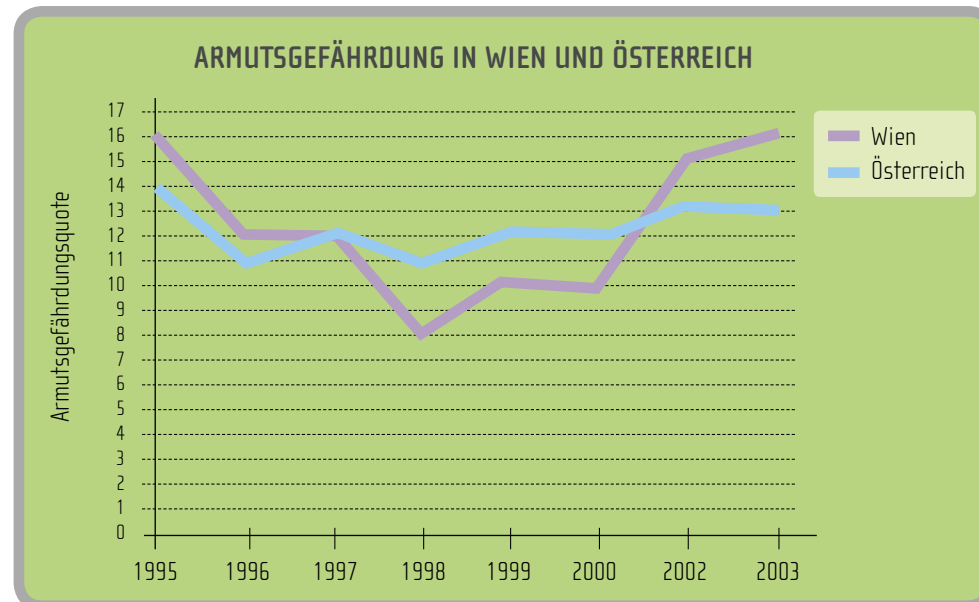
[Als Zusatzeffekt der fachgerechten Wärmedämmung steigt die Behaglichkeit beim Wohnen und die individuellen Betriebskosten sinken.]

in Wien unter diese offizielle Armutsgefährdungsschwelle. In Wien ist der Anteil der von Armut oder Armutsgefährdung betroffenen Bevölkerung demnach höher als im österreichischen Gesamtdurchschnitt.<sup>5</sup>

Wie schon in den letzten Jahren sind spezifische Bevölkerungsgruppen überproportional vom Risiko der Einkommensarmut betroffen. Dazu gehören MigrantInnen, ältere alleinstehende Personen, insbesondere Frauen, Pensionisten generell, Frauen generell, Alleinerziehende, Familien mit drei oder mehr kleinen Kindern sowie Personen, die über maximal einen Pflichtschulabschluss verfügen. Die Auswertungen auf Basis der EU-SILC Datenquelle zeigen, dass Erwerbsarbeit der beste Schutz gegen Einkommensarmut ist. Allerdings reicht das Erwerbseinkommen nicht immer aus, um sich und seiner Familie ein Leben über der Armutsschwelle zu ermöglichen. Rund 8 Prozent der Erwerbstätigen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren sind so genannte Working Poor-Einkommensarme trotz Erwerbsbeteiligung.



Quelle: APA, BMSK, Statistik Austria 2007



Quelle: Armutsgefährdung in Wien: Ergebnisse aus EU-SILC und ECHP Karin Heitzmann Institut für Sozialpolitik (am Department für Volkswirtschaft) Wirtschaftsuniversität Wien 1. EU-SILC Workshop – Statistik Austria, 24. Jänner 2007. (Die im Rahmen des EU-SILC-Projektes erhobenen Daten sind derzeit nicht kostenfrei verfügbar).

### STIEGENDE KOSTEN FÜR ENERGIE, WENIGE INVESTITIONSMÖGLICHKEITEN

Laut Arbeiterkammer<sup>6</sup> musste vor sechs Jahren ein durchschnittlicher Haushalt 100 Euro pro Monat für Energie ausgeben – inzwischen sind es 125 Euro, das ist eine Steigerung um ein Viertel. Laut Arbeiterkammer ist es „besonders ungerecht, dass jemand, der oder die nur wenig Energie verbraucht, überdurchschnittlich von der Teuerungen betroffen ist, weil die „Fixkosten“ für Energie besonders stark gestiegen sind.“

Einkommensschwache Gruppen tätigen Investitionen oft nur nach Können und Vermögen. Im Bereich Energie sind diese Bevölkerungsgruppen einem besonderen Dilemma ausgesetzt:

- steigende Energiekosten verringern die Mittel für die Anschaffung von Ess- und Gebrauchsgütern, bzw. für Bildung, Fortbildung etc.
- Ersatzinvestitionen, die mit größeren finanziellen Aufwendungen verbunden sind, werden nur im Anlassfall getätigt. Die Anschaffung energieeffizienter Geräte erfolgt daher nur dann, wenn das Altgerät kaputt geworden ist. Die jeweilige Kaufentscheidung orientiert sich zumeist an den Einstandspreisen und nicht an den Gesamtkosten (Kaufpreis plus Betriebskosten). Oft fehlen beim Kauf elektrischer Geräte für KonsumentInnen verständliche Informationen über den Energieverbrauch eines Geräts. Gerade bei einkommensschwächeren Personen ist der Einstandspreis das Hauptargument für den Kauf. An diesem Punkt können Informationsmaßnahmen für KonsumentInnen ansetzen.
- Größere Investitionen, wie beispielsweise Optimierung der Heizung oder auch Wärmedämmung des allfälligen Eigenheimes, können aufgrund zu geringem Eigenkapitals, fehlender Bonität, Ausschluss aus den Förderbedingungen etc. nicht getätigt werden.
- Allgemeine Energieeffizienzhemmnisse, wie beispielsweise die Mieter-Nutzer-Problematik bei Wohnverhältnissen sind verschärft gültig, da billigere Wohnungen (Anschaffung und Betriebskosten) am Markt schwer zu haben sind.



[Einkommensschwache Gruppen tätigen Investitionen oft nur nach Können und Vermögen.]

<sup>5</sup> Studie „Armutslagen in Wien“, 2007, Matthias TILL und Ursula TILL-TENTSCHERT (Institut für Soziologie, Uni Wien)

<sup>6</sup> <http://www.arbeiterkammer.at/www-192-IP-31353.html> (Information: Stand Juni 2007)



## 2 Problemfelder Heizung, Wohnbau & Gebäudesanierung, Stromverbrauch:

### Mögliche Steuerungsinstrumente der öffentlichen Hand

### 2.1 Heizung

#### 2.1.1 Heizkostenzuschüsse und -beihilfen

Für einkommensschwache Haushalte gibt es in Österreich Heizkostenzuschüsse und Heizkostenbeihilfen (welche zumeist an die Berechtigung zum Empfang von Sozialhilfe gekoppelt sind). Diese finanziellen Hilfen liegen in der Verantwortung der Bundesländer.

Wien vergab in der Heizperiode 2006/2007 eine Heizkostenbeihilfe von 480 Euro im Jahr an SozialhilfebezieherInnen sowie einen einmaligen Heizkostenzuschuss von 100 Euro an Arbeitslosengeld- und NotstandshilfebezieherInnen, PensionsbezieherInnen, KinderbetreuungsgeldbezieherInnen und SozialhilfebezieherInnen, deren Einkommen gewisse monatliche Obergrenzen nicht überschritten. Für Einpersonenhaushalte waren dies 655,84 Euro netto, für Zweipersonenhaushalte 1003,72 Euro netto, pro Kind galt ein Zuschlag von 68,74 Euro netto.

Die Heizkostenzuschüsse und Heizkostenbeihilfen können je nach Bundesland anders gestaltet sein und sind durchaus Anlass für mediales Tauziehen (um die Frage, welches Bundesland nun „seine“ Einkommensschwachen finanziell großzügiger unterstützt).

Ein Grundproblem ist, dass es sich sowohl bei Heizkostenzuschüssen als auch bei Heizkostenbeihilfen um kurzfristig ausgerichtete finanzielle Stützen handelt, bei denen nicht berücksichtigt wird, ob die Gelder von den EmpfängerInnen in effiziente und/oder umweltfreundliche Heizsysteme „gesteckt“ werden oder nicht. D. h. wenn veraltete (Öl-)Heizungen vorliegen, müssen die armutsgefährdeten und armen Personen bzw. Haushalte mit diesen weiterheizen, weil üblicherweise die finanziellen Rücklagen für Investitionen in effizientere und umweltfreundlichere Heizungen fehlen. Dies hat in solchen Fällen einen ungünstigen Einsatz der Heizkostenzuschüsse und -beihilfen zur Folge: ungünstig aus umwelt- und klimapolitischer Sicht, weil problematische Heizsysteme weiterbetrieben werden, und ungünstig aus finanzieller Sicht, da die Gelder für das Heizen mit ineffizienten Energieträgern in den betroffenen Haushalten nicht so lange reichen, wie sie es andernfalls könnten.

*Zitat DI Andreas Eigenbauer, Energiedezernatsleiter und Landesenergiebeauftragter der Stadt Wien, 27.04.2007: „Bei Heizkostenzuschüssen handelt es sich um ein typisches kurzfristiges Instrument der Unterstützung von sozial Schwächeren, um finanzielle Härten durch die gestiegenen Energiepreise abzufedern. In puncto Energieeffizienz bringen Heizkostenzuschüsse natürlich nichts. Da wäre es sinnvoll, auf mittlere und lange Sicht zu überlegen, wie auch sozial Schwächeren der Um-*

*stieg auf umweltfreundliche UND im Verbrauch effiziente (d.h. auch kostengünstige) Energieträger ermöglicht werden kann. Derzeit fehlt hier ein geeignetes Instrument. Natürlich gibt es Zuschüsse für Häusersanierungen etc., aber wenig für individuelle sozial schwächere Haushalte.“*

Aus diesen Gründen sollten Heizkostenbeihilfen und -zuschüsse an ökologische Kriterien gekoppelt werden. Wichtig ist, dass Einkommensschwache bei für sie kostengünstigerem und gleichzeitig umweltfreundlicherem Verhalten unterstützt werden, nicht zusätzlich belastet. Zum Beispiel könnte das mit einer verstärkten Förderung des Ersatzes alter Ölheizungen, etwa durch den Anschluss an Fernwärme, erfolgen.

Um genauere Aussagen über die finanziellen Kosten für solche Maßnahmen tätigen zu können, ist hier vorerst eine empirische Erhebung der betroffenen Haushalte zu empfehlen.

Grundsätzlich sollte Heizkosten-Unterstützung durch die öffentliche Hand mit kostenloser, individueller Energieberatung gekoppelt werden, eventuell in Form eines Gutscheins. Denn viele Haushalte können durch einfache Maßnahmen und Verhaltensänderungen ihren Raumwärme- und Strombedarf reduzieren. Die Beauftragung von Energieberatern (zum Beispiel von der Umweltberatung) könnte den entsprechenden Know-how-Transfer auch und vor allem an einkommensschwache Haushalte ermöglichen. Wesentlich ist die richtige Einstellung von Heizungen, nicht nur, aber ganz besonders für Einkommensschwächere. Daher sollte die richtige Einstellung von Heizungen durch Fachleute und eine Einstellungsüberprüfung vor allem für neubezogene Wohnungen und/oder neue oder für die KonsumentInnen neue Heizungen nach dem ersten Winter gefördert werden. Der erste Check einer Heizung nach dem Winter sollte Teil des Service sein, ohne zusätzliche Kosten für die HeizungsnutzerInnen.

#### 2.1.2 Heizkostensparen durch Bewusstseinsbildung

Den überwiegenden Teil der Ausgaben für Energie eines Haushalts bilden die Heizkosten. Der Energieverbrauch einer Wohnung wird dabei durch mehrere Faktoren bestimmt:

- Baulicher Wärmeschutz des Gebäudes und Effizienz der Heizungstechnik: Dämmung des Gebäudes (Außenwand, Dach und Kellerdeck bzw. Fußboden); Qualität der Fenster; Verluste der Heizungsanlage
- Verhalten der Bewohner: gewählte Raumtemperatur, Häufigkeit der Fensteröffnung und Höhe des Warmwasserverbrauchs.

Wie Studien aus Deutschland (unter anderem der Institut Wohnen und Umwelt GmbH [IWU] – Forschungsinstitut des Landes Hessen und der Stadt Darmstadt)<sup>7</sup> zeigen, können durch ein verändertes Energieverhalten auch in eher schlecht sanierten Mehrfamilienhäusern mehr Energie und damit Kosten gespart werden als zunächst offensichtlich ist. In einem durchschnittlichen Mehrfamilienhaus (Altbau) liegt zwischen einem „Sparer“ und einem „Verschwender“ ein Abstand von etwa 140 kWh je Quadratmeter Wohnfläche und Jahr. Dies bedeutet, dass der „Verschwender“ fast doppelt so viel Energie verbraucht wie der „Sparer“.

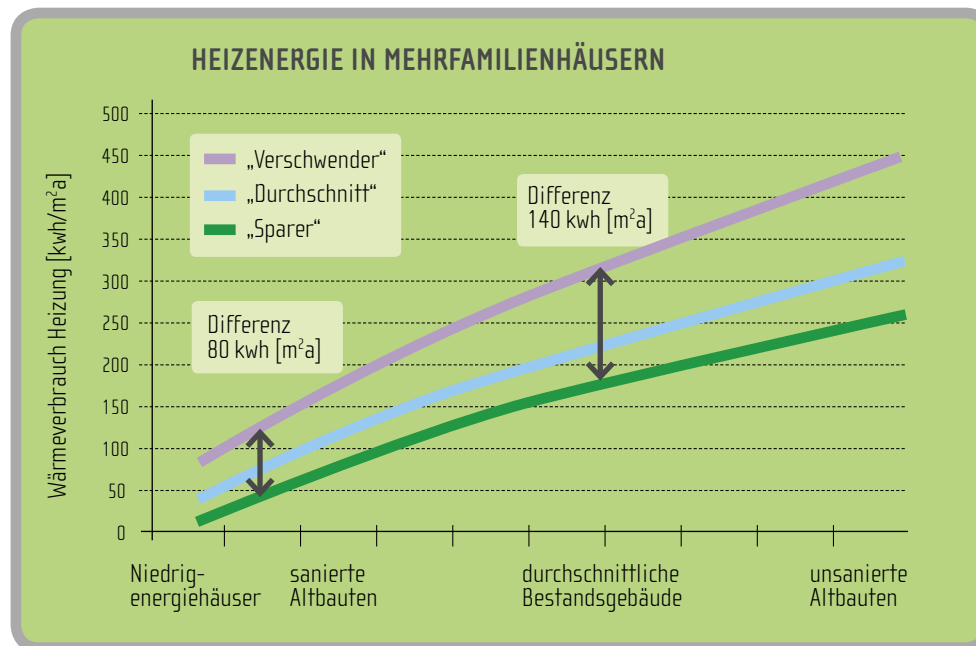
<sup>7</sup> <http://www.iwu.de/>



[Grundsätzlich sollte Heizkosten-Unterstützung durch die öffentliche Hand mit kostenloser, individueller Energieberatung gekoppelt werden.]

[Die Heizkostenzuschüsse und Heizkostenbeihilfen können je nach Bundesland anders gestaltet sein und sind durchaus Anlass für mediales Tauziehen.]





Die Grafik stellt eine Zusammenfassung einer wissenschaftlichen Studie über das Verbrauchsverhalten bezüglich Heizenergie in Mehrfamilienhäusern dar. In einem wärmetechnisch hochwertigen Gebäude ist der Unterschied zwischen „Sparern“ und „Verschwendern“ absolut gesehen deutlich geringer als in gänzlich unsanierten Altbauten. (Quelle: WU)

In der Modellrechnung, die der Grafik oben zu Grunde liegt, sind die Bewohner wie folgt beschrieben:

- Der Verschwender hat eine mittlere Temperatur von 22 °C in seiner Wohnung. Das bedeutet, dass in einzelnen Räumen (Wohnzimmer, Bad oder Küche) Temperaturen um 25 °C erreicht werden. Die in der Wohnung befindliche Luft wird im Mittel einmal in der Stunde ausgetauscht. Bleiben die Fenster täglich über längere Zeit in Kippstellung, ergibt sich eine solche „Luftwechselrate“.
- Der Durchschnitt der Bewohner in Mehrfamilienhäusern hat mittlere Temperaturen um 21 °C in seiner Wohnung. Im Bad eher 23 °C und im Schlafzimmer deutlich weniger. Die Luftwechselrate liegt um 0,6 1/h. D. h. es wird regelmäßig und gezielt gelüftet. Messungen in zahlreichen Wohngebäuden belegen diese Durchschnittswerte.
- Der Sparer kommt mit einer mittleren Temperatur von 19 °C aus. Es wird nicht dauernd gelüftet, sondern eher selten und stoßweise. So ergibt sich eine Luftwechselrate um 0,31 /h. Einschränkend muss man sagen, dass ein so geringer Luftwechsel nur in einer gering belegten Wohnung mit wenigen Feuchtquellen (keine Wäsche trocknen, wenig Zimmerpflanzen ...) möglich ist. Andernfalls drohen im Altbau Schimmelschäden.



Anmerkung: 19 Grad Celsius stellen für viele Menschen keine „Wohlfühltemperatur“ im Wohnbereich mehr dar. Daher sollte das Beispiel des „Sparers“ nicht unbedingt als Ideal vertreten werden.

[Die mögliche Ersparnis durch verändertes Nutzerverhalten ist umso höher, je schlechter der Wärmeschutz eines Wohnhauses ist.]

Die mögliche Ersparnis durch verändertes Nutzerverhalten ist umso höher, je schlechter der Wärmeschutz eines Wohnhauses ist. In einem durchschnittlichen Mehrfamilienhaus (Altbau) liegt zwischen einem „Sparer“ und einem „Verschwender“ ein Abstand von etwa 140 kWh je Quadratmeter Wohnfläche und Jahr. Worin genau unterscheiden sich „Sparer“ und „Verschwender“ beim Heizwärmeverbrauch? Es gibt dafür im Wesentlichen nur zwei wichtige Größen:

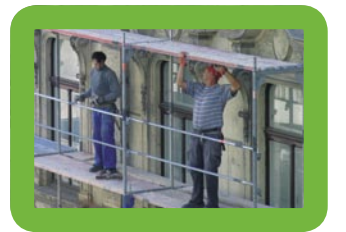
- Die Temperatur in der Wohnung bestimmt die Größe der Wärmemenge, die über die Außenflächen abgegeben wird. Ist Ihre Wohnung wärmer als die des Nachbarn, verlieren Sie auch Wärme in diese Richtung.
- Bei Art und Umfang des Lüftens besteht die Kunst darin, nur so viel Luft wie nötig auszutauschen. Zudem wird beim Lüften über warme Luft mehr Wärme abtransportiert als durch kühlere.

Dieses Basiswissen über Heizkostensparnis durch Verhaltensänderung sollte in möglichst individuellen, nachvollziehbaren Beratungen weitergegeben werden.

## 2.2 Wohnbauförderung und Altbausanierung

Wie bereits unter 1.1.3 ausgeführt wurde, weist die angepasste Klimastrategie Österreichs darauf hin, dass eine deutliche Forcierung der Gebäudesanierung in den nächsten Jahren eine wesentliche Voraussetzung für die Erreichung der Klimastrategie-Zielvorgabe darstellt.

Eine weitere Steigerung der Gesamtenergieeffizienz im Gebäudebestand und des Umstiegs auf erneuerbare Energie und effiziente Fernwärme gilt als zentrale Maßnahme der österreichischen Klimastrategie.



Die öffentliche Hand muss durch verstärkte Maßnahmen eine wichtige Vorreiterrolle übernehmen. Ganz besonders ist sie besonders durch die Tatsache gefordert, dass der soziale bzw. gemeinnützige Wohnbau, der sich im Eigentum der öffentlichen Hand befindet, überwiegend von einkommensschwächeren Personen und/oder Familien genutzt wird. Die öffentliche Hand hat die Möglichkeit, durch die Einführung bzw. Ausweitung der Umweltkriterien für Neubau und die thermische Sanierung von Altbau gleichzeitig im Sinne des Klimaschutzes und der Energie-Armutsbekämpfung (bzw. -prävention) zu handeln.

[Die öffentliche Hand muss durch verstärkte Maßnahmen eine wichtige Vorreiterrolle übernehmen.]

Während für Neubauten in den Bundesländern bereits ambitionierte Klimaschutz- und Umweltkriterien gelten (v. a. in den Bereichen Dämmung, Baustoffe, Beheizung – ganz besonders sei hier zum Beispiel auf die Vorgaben der Bundesländer Vorarlberg, Salzburg und Wien hingewiesen), hinkt die Sanierungsrate bei den Altbauten hinterher. Angesichts des großen Altbaubestands ist das keine einfache Aufgabe, dennoch wird in der angepassten Klimastrategie Österreichs ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die bisherige thermisch-energetische Sanierungsrate von jährlich unter 1 % nicht ausreicht, um dem Ziel der Klimastrategie im Bereich Raumwärme wesentlich näher zu kommen. In der Klimastrategie wird vorgeschlagen, die thermische Sanierungsrate in den nächsten Jahren auf zumindest 3 % p.a. im Zeitraum 2008–2012 und mittelfristig auf 5 % p. a. anzuheben und gleichzeitig die Qualität der Sanierungen (einschließlich Umstellungen der Heizungssysteme) zu verbessern. Diese Ziele bleiben solange unrealistisch, wenn die österreichische Bundesregierung die entsprechenden Gelder nicht bereitstellt bzw. sich mit den Bundesländern nicht über die Umschichtung von Geldern aus anderen Bereichen berät und einigt.

Eine optimale thermisch-energetische Sanierung bewirkt laut Klimastrategie eine Reduktion des Energieverbrauchs im Einzelobjekt um ca. 40–70 %.





[Der Heizbedarf der Wohnungen am Schöpfwerk ist um 77 Prozent gesunken.]

Als ein Best-Practice-Modell für die thermisch-energetische Sanierung im Bereich des sozialen Wohnbaus kann die Sanierung der Wohnsiedlung am Schöpfwerk in Wien angesehen werden: Im Rahmen des Städtischen Energieeffizienz-Programms der Stadt Wien (SEP)<sup>8</sup> ist damit begonnen worden, 1.700 Wohnungen (für rund 5.000 Menschen), die zwischen 1976 und 1980 in sehr „billiger“ Bauweise mit schlechter Isolierung und Ölzentralheizung errichtet wurden, zu sanieren: Dämmung der Wände, neue Fenster und Heizkörper, Fernwärmeanschluss statt Ölzentralheizung zählen dabei zu den zentralen Maßnahmen. Ergebnis: Der Heizbedarf der Wohnungen ist um 77 Prozent gesunken und beträgt nur noch das 1,3-fache eines Neubaus im Niedrigenergiestandard.

Dass die tatsächlich verbrauchte Heizenergie in den sanierten Wohnungen in der Praxis nur um 30 Prozent gesunken ist, weil die Bewohner mehr heizen und immer noch stundenlang die Fenster kippen, ist ein deutliches Zeichen dafür, wie wichtig mehr Information und Beratung über Energiesparverhalten sind. Selbst die 30-prozentige Heizkostensparnis reicht aber nach Informationen der Stadt aus, um die Investition in die Energieeffizienz in 20 Jahren zu amortisieren.<sup>9</sup>

Das Städtische Energieeffizienz-Programm (SEP) Wiens rückt Energieeffizienz und Energiesparen in den Vordergrund und soll Energieverbrauchszuwachs nachhaltig reduzieren, ohne den Lebensstandard der Bürgerinnen und Bürger einzuschränken. Ganz oben auf der Prioritätenliste steht die nachträgliche Sanierung der Gebäude aus den 1950-er bis 70-er Jahren, wo Isolierung kaum ein Thema war und Heizöl noch äußerst billig. SEP ist vor allem auf Energieeffizienz im Allgemeinen ausgerichtet, die speziell soziale Komponente steht nicht im Vordergrund, spielt aber hinein.

Das im Jahr 2000 initiierte Förderungsprogramm Thewosan (Thermisch-Energetische WohngebäudeSANierung)<sup>10</sup> ist als Förderungsschiene zur Sanierung von Wohngebäuden der 1950-er bis 1980-er in Wien etabliert worden. Erklärtes Ziel der Förderungsschiene Thewosan ist es, durch Reduktion von Luftschadstoffen und CO<sub>2</sub> zur Verbesserung der Umweltsituation beizutragen. Der zusätzliche Effekt für die Nutzerinnen und Nutzer ist die Verringerung der Heizkosten. Förderbar sind alle baulichen Maßnahmen, die der Verringerung des Heizwärmebedarfes dienen, Wärmedämmung umgebungsexponierter Bauteile (wie Außenwände, oberste Geschossdecke, Kellerdecke), eine Erneuerung der Fenster und Außentüren sowie die Beseitigung von Wärmebrücken. Die Förderungsleistung ist ein einmaliger nicht rückzahlbarer Beitrag pro Quadratmeter Nutzfläche und wird gestaffelt, abhängig von der Reduzierung des Heizwärmebedarfes bzw. vom Ergebnis des Vergleiches mit dem Standard eines Niedrigenergiehauses.

Die soziale Komponente der Thewosan-geförderten Sanierungen des Wohnungsbestands ist als sehr hoch anzusehen, da es sich um Wohngebäude mit relativ geringen Mieten und Wohnungskosten handelt. Deren thermisch-energetische Sanierung ist als unmittelbar sozialpolitische Maßnahme einzustufen. Da es bei Thewosan um Wohngebäude geht, bei denen Energiespar- und Klimaschutz-Maßnahmen nicht nur wie im Neubau relative Verringerungen des Verbrauchs- und Emissionszuwachses, sondern tatsächliche Umweltentlastungen mit sich bringen, sind Sanierungen nach Thewosan auf der anderen Seite auch effiziente Beiträge zum Klimaschutz. Trotzdem hat sich die Thewosan-Förderungsintensität verlangsamt und sollte wieder stärker vorangetrieben werden. Empfohlen wird eine gezielte Verbesserung der Sanierungsrahmenbedingungen und fallweise eine Anpassung der Förderungsbestimmungen an den Bedarf.

8 <http://www.wien.gv.at/wirtschaft/eu-strategie/energie/energiepolitik/energiesparen/sep.html>

9 <http://www.zeit.de/2007/08/U-Wien-Energie>

10 <https://www.magwien.gv.at/umwelt/klimaschutz/klip/umsetzung/thewofoerder.htm>

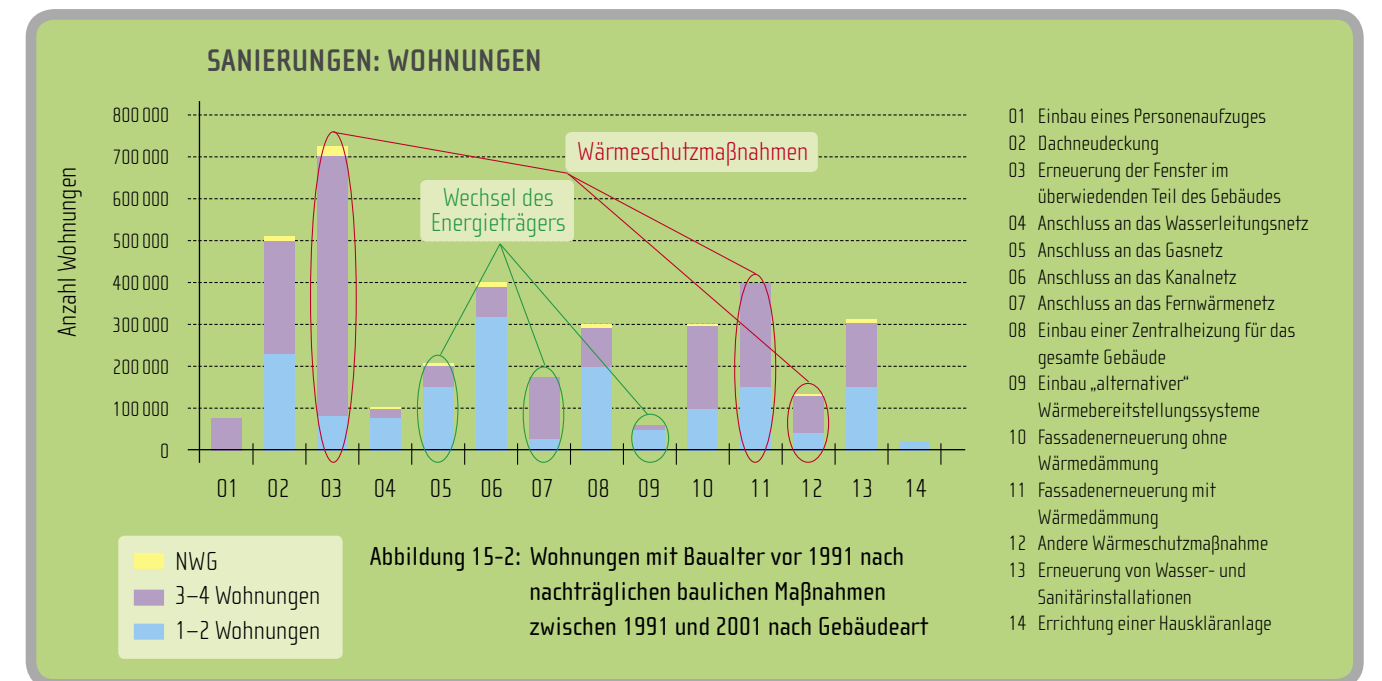


[Die Stadt Wien ist weltweit einer der größten Vermieter.]

Da die Stadt Wien im Besitz von rund 220.000 Wohnungen (eines Viertels aller Wiener Wohnungen) und damit einer der weltweit größten Vermieter ist, ist die Bedeutung, die gerade in Wien der öffentlichen Hand bei der thermisch-energetischen Sanierung und gleichzeitigen Energie-Armutsprävention zukommt, offensichtlich. Dass Wien (aber auch andere Bundesländer) diese Aufgabe nicht ohne die Einigung mit anderen Ebenen und/oder Bereichen der Politik über die Bereitstellung entsprechender finanzieller Mittel bewältigen kann, wird ebenfalls deutlich.

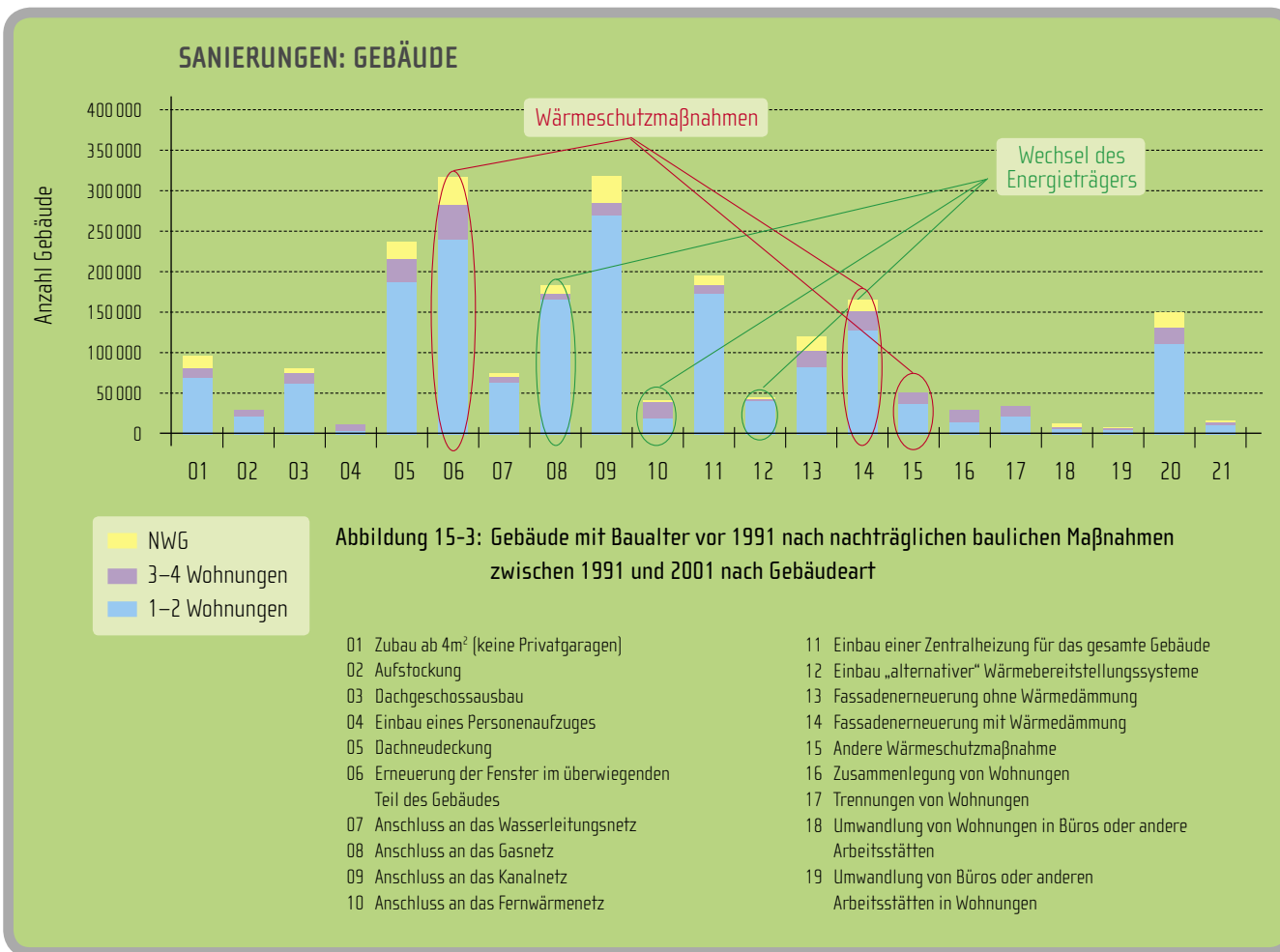
Laut der am 27. März 2007 vorgestellten GPH-ZIB-Studie „Sanierungsoffensive gegen den Klimawandel“ sind insbesondere die erfolgreiche thermische Sanierung Thewosan in Wien und die Energieinitiativen bei dem Hausbestand in Vorarlberg als beispielhafte ökologische Wohnbausanierungsstrategien für Österreich zu nennen. In der GPH-ZIB-Studie wird auch dargelegt, dass „der Bereich Raumwärme heute noch vor dem steigenden Transportaufkommen am weitesten vom Kyoto-Ziel entfernt ist. Gegenüber den Werten von 2005 sollte bis 2010 nicht weniger als ein Viertel der Emissionen eingespart werden. Dies ist nur über eine groß angelegte Werbe- und Förderungsaktion der Regierung, unabhängig von der bestehenden Wohnbauförderung, möglich und es sind daher zusätzliche Mittel im Budget vorzusehen, wenn dies erreicht werden soll.“<sup>11</sup>

THEMENFELD: GEBÄUDEHÜLLE



Quelle: Statistik Austria 2004

11 [http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS\\_20070328\\_OT50110](http://www.ots.at/presseaussendung.php?schluessel=OTS_20070328_OT50110)



Quelle: Statistik Austria 2004

In Abbildung 15-2 und Abbildung 15-3 ist die Anzahl der durchgeführten Sanierungen in verschiedenen Sanierungskategorien in Abhängigkeit von der Gebäudeart (1 bis 2 Wohnungen, 3 bis 4 Wohnungen, Nichtwohngebäude) dargestellt. Zu erkennen ist, dass der überwiegende Teil der Sanierungen auf den Gebäudetyp mit 1 bis 2 Wohnungen entfällt. Weiters zu erkennen ist, dass die „zwangsweisen“ Sanierungen, wie Anschluss an das Kanalnetz oder die Sanierung zur Erhaltung der Mauer-substanz (z. B. die Erneuerung der Fenster) einen hohen Anteil ausmachen. Unklar ist dabei, ob die Erneuerung der Fenster einer thermischen Sanierung gleichzusetzen ist, da aus der Statistik nicht hervorgeht, ob diese durch thermisch hochwertigere Fenster ersetzt wurden. Bemerkenswert ist, dass die Anzahl der Fassadenerneuerungen ohne Wärmedämmung nicht wesentlich geringer ist als die Anzahl der Fassadenerneuerungen mit Wärmedämmung. Der überwiegende Teil der Sanierungen sind keine thermischen Sanierungen.<sup>12</sup>

[Der überwiegende Teil der Sanierungen sind keine thermischen Sanierungen.]

<sup>12</sup> Quelle: Innovation & Klima – Innovative Klimastrategien für die österreichische Wirtschaft Endbericht Studie im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich, der Industriellenvereinigung, des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit und des Verbands der Elektrizitätsunternehmen Österreichs. März 2007.

Die Aufgaben, die sich in Österreich in Hinsicht auf thermisch-energetische Sanierung von Gebäuden stellen, sind noch vielerorts unbewältigt. Auf der positiven Seite hat die öffentliche Hand zum Beispiel im Bereich Sanierungs-Contracting größere Möglichkeiten als private Mieter oder Vermieter. Es wäre also aus klimapolitischer und sozialpolitischer Sicht angebracht, diese Aufgabe als öffentliche Hand ernst- und die gegebenen Chancen wahrzunehmen.

### SANIERUNGSMASSNAHMEN IN WOHNUNGEN

Auch wenn ein Mietverhältnis vorliegt und daher keine Einflussnahme auf ev. Außengebäudesanierungen möglich sind, können MieterInnen (oder auch BesitzerInnen von Eigentumswohnungen) im Wohnungsbereich sinnvolle Maßnahmen setzen, um den Heizenergieverbrauch zu mindern. Solche Maßnahmen können von der öffentlichen Hand unterstützt werden.

Sinnvoll sind:

- **Dämmung der Fußböden in Parterrewohnungen**

Die Dämmung des Fußbodens ist in Wohnungen, die über unbeheizten Räumen liegen, also i. d. R. im Erdgeschoss, lohnenswert. Die Heizenergieverluste durch den Fußboden können dadurch um 40 % vermindert werden.

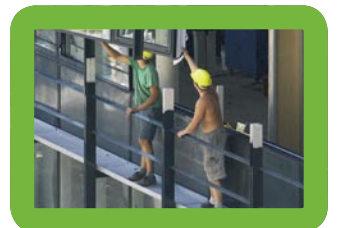
- **Decken in Obergeschosswohnungen**

Im Obergeschoss gehen zwischen 10 und 20 % der Heizenergie über die Geschossdecke verloren. Am günstigsten ist es, wenn auf der Bodenfläche im Dachraum gedämmt werden kann. Die Verluste durch die Geschossdecke können je nach Dämmmaßnahme und vorhandener Konstruktion um bis zu 90 % reduziert werden.

- **Austausch der Fenster oder der Verglasung**

Ein Austausch der Einfach- oder Isolierverglasung durch Wärmeschutzverglasung bietet die beste Möglichkeit, die Behaglichkeit in der Nähe der Fenster zu verbessern. Die Dämmeigenschaften von Wärmeschutzverglasung sind gegenüber herkömmlichem Isolierglas um 40 bis 50 % verbessert. Gegenüber einer Einfachverglasung ergibt sich sogar eine Verbesserung um den Faktor vier. Dadurch werden im Jahr je m<sup>2</sup> Fensterfläche etwa 110 kWh Heizwärme eingespart. Die Lebensdauer der neuen Verglasung liegt bei über 25 Jahren.

[Die Dämmeigenschaften von Wärmeschutzverglasung sind gegenüber herkömmlichem Isolierglas um 40 bis 50 % verbessert.]



## 2.3 Stromverbrauch & elektrische Geräte

In diesem Bereich ist vor allem Beratung und Information der Konsumenten wichtig. Niederschwellige Beratungsangebote für einkommensschwache Haushalte sollten geschaffen bzw. verstärkt gefördert werden.

Laut einer Presseinformation der Austrian Energy Agency<sup>13</sup>: haben die österreichischen Haushalte von 1990 bis 2003 ihren Stromverbrauch um mehr als 40 Prozent gesteigert und sind damit für rund ein Drittel des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verantwortlich. Hauptursache: Die „Energiefresser“ im Haushalt – veraltetete Geräte mit hohem Stromverbrauch oder aber auch Geräte, die im Stand-by-Modus auf die Aktivierung warten.

<sup>13</sup> <http://www.eva.ac.at/publ/media/pa81.htm>



[Online-Tool zur Berechnung des Energieverbrauchs: <http://effizienzkalkulator.energyagency.at>.]

Ein Tool zur Berechnung (und Bewusstmachung) des Energieverbrauchs ist der Quick-Check der Österreichischen Energieagentur und der E-Control: <http://effizienzkalkulator.energyagency.at>. Mit dem Quick-Check kann man den aktuellen Stromverbrauch näherungsweise berechnen und erhält Tipps für bessere Energienutzung.

Eine Empfehlung auch für die Website <http://www.topprodukte.at>, die neutrale Informationen und Bewertungen zu den jeweils besten 10 bis 30 Produkten, die in den Kategorien Haushalts- und Bürogeräte, Unterhaltungselektronik und Klein-PKWs am österreichischen Markt erhältlich sind, bietet.<sup>14</sup> Derzeit werden rund 1.000 Produkte aus den Bereichen Gefriergeräte, Kühlschränke, Geschirrspüler, Waschmaschinen, Trockner, Klimageräte, TV-Geräte, DVD-Player, Tintenstrahldrucker, Leuchtstofflampen und Kleinwagen bewertet. Basis für Bewertung und Ranking der Produkte sind internationale und nationale Warendeckelungen, Labels und genormte Herstellerangaben. Standardmäßig wird bei allen Produkten die Energieeffizienz bewertet, je nach Produktkategorie werden die für die jeweilige Kategorie zentralen Umwelt- und Qualitätsaspekte überprüft (z. B. Wasserverbrauch, Reinigungswirkung).

## 2.4 Best Practice aus Österreich

Die folgenden Best-Practice-Beispiele beziehen sich verstärkt auf den Themenkomplex Energieeffizienz-Umwelt, der in Österreich vorrangig im Mittelpunkt der Anstrengungen steht. Zwar gibt es v. a. bei den Beispielen 2.3.1 und 2.3.2 auch starke Bezüge zur Armutsbekämpfung im weiteren Sinne, die Beispiele legen insgesamt aber nahe, dass soziale Aspekte im Zusammenhang mit Energieeffizienz in Österreich noch stärker in den öffentlichen Fokus rücken sollten.

### 2.4.1 Energieeffizienz in einer marginalisierten Region: Güssing

Die Stadt Güssing ist Bezirksvorort einer Region im Südburgenland mit 27.000 Einwohnern. Laut Statistik war diese Region 1988 die ärmste Region Österreichs. Die Gründe für die schlechte wirtschaftliche Lage der Region um Güssing waren:

- 50 Jahre Grenzregion am Eisernen Vorhang zu Ungarn
- keine größeren Gewerbe oder Industriebetriebe
- dadurch wenig Arbeitsplätze in der Region
- 70 % Wochenpendler nach Wien und Graz
- hohe Abwanderungsrate
- klein strukturierte landwirtschaftliche Flächen
- schlechte Verkehrsinfrastruktur

Zusätzlich zu diesen Problemen gab es eine starke Kapitalabwanderung aus der Region durch fossile Energiezukaufe (Öl, Strom, Kraftstoffe). Die vorhandenen Ressourcen der Region (z. B. 45 % Waldanteil) wurden kaum mehr genutzt, was zu großen Durchforstungsrückständen in der Forstwirtschaft und zur Verödung der landwirtschaftlichen Flächen führte. Der Bezirk Güssing drohte, eine sterbende Region zu werden. Eine kleine Gruppe in der Stadt Güssing erkannte diese Gefahr und begann ein

<sup>14</sup> Die Website ist vom Österreichischen Lebensministerium (BMLFUW) in Auftrag gegeben worden, für das Projektmanagement zeichnet die Österreichische Energieagentur verantwortlich.

Modell mit der Zielsetzung auszuarbeiten, zuerst die Stadt Güssing und dann in weiteren Schritten die gesamte Region durch einheimische, nachwachsende und damit erneuerbare Energieträger zu versorgen. Dieses Modell umfasste die Bereiche Wärme, Kraftstoff und Strom. 1990 gelang es im Gemeinderat von Güssing, einen Grundsatzbeschluss zu erreichen: 100-prozentiger Ausstieg aus der fossilen Energieversorgung. 14 Jahre später spricht man bereits vom wichtigsten Beschluss des Gemeinderates aller Zeiten.<sup>15</sup>

1991 wurde ein Energiekonzept erstellt, um den gesamten Energiebedarf der Stadt aus örtlich verfügbarer Biomasse abzudecken. Ein neues, auf der Biomasse – Wasserdampf – Vergasung basierendes Kraftwerk wurde in Güssing errichtet. Durch die Inbetriebnahme dieses Kraftwerkes konnte eine energieautarke Region Güssing verwirklicht werden. Darüber hinaus wurde ein nachhaltiger Regionalentwicklungsprozess in Gang gesetzt, der eine der einst ärmsten Regionen Österreichs in ein europaweit beachtetes Zentrum der erneuerbaren Energie verwandelte.<sup>16</sup>

Die Stadt Güssing erzeugt heute mehr Energie, als sie verbrauchen kann, aus erneuerbaren Rohstoffen aus einem Umkreis von nur fünf Kilometern. Das Biomasse-Fernheizwerk in der walddichten Umgebung wurde von einem Drei-Megawatt-Werk zu einem 23 Megawatt-Werk aufgerüstet. Das Biomasse-Vergasungskraftwerk hat sich auch als wirtschaftlich höchst erfolgreiches Modell etabliert. In der Energiebilanz stehen Energiekosten von rund 6 bis 7 Millionen Euro jährlich vor dem Bau des Kraftwerkes einem Energieumsatz von 13 Millionen Euro heute jährlich gegenüber. Trotz der flächendeckenden Versorgung von Güssing mit Strom und Fernwärme wird nur ein Drittel der Biomasse verbraucht, die jährlich hinzuwächst.

Durch die Infrastruktureinrichtung Fernwärme wurde die Grenzstadt Güssing als Betriebsstandort interessant. Durch ein spezielles Betriebsansiedlungsprogramm gelang es in den letzten Jahren, 50 neue Betriebe mit mehr als 1.000 neuen direkten und indirekten Arbeitsplätzen in Güssing anzusiedeln. Damit wurde die Stadt zum Zentrum Österreichs in Bereichen Parkettherstellung, Laubholztrocknung und Umwelttechnologien. Seine Vorreiterrolle demonstriert Güssing auch beim Aufbau geschlossener Energetischer Kreisläufe. Die zwei größten Parkettunternehmen Österreichs, die ihren Standort in Güssing haben, nutzen die Fernwärme des Kraftwerkes für die Trocknung des Holzes.<sup>17</sup>

Güssing ist damit nicht nur ein bemerkenswertes Best-Practice-Modell im Bereich Energieautarkie und Erneuerbare Energien (abgesehen davon war Güssing in Sachen Klimaschutz seiner Zeit um mindestens zehn Jahre voraus), sondern auch ein Beispiel dafür, wie eine ganze marginalisierte, einkommensschwache Region durch eine durchdachte Energiestrategie aus der Armutsfalle entkommen kann.

### 2.4.2 Das SEP der Stadt Wien

Das städtische Energieeffizienz-Programm Wiens (SEP) Wiens<sup>18</sup> stellt Energieeffizienz und Energiesparen in den Vordergrund und will den Energieverbrauchszuwachs nachhaltig reduzieren, ohne den Lebensstandard der Bürgerinnen und Bürger einzuschränken. Ganz oben auf der Prioritätenliste steht die nachträgliche Sanierung der Gebäude aus den 1950-er bis 70-er Jahren, wo Isolierung

<sup>15</sup> <http://www.eee-info.net/>

<sup>16</sup> <http://www.solar-zentrum.at/guessing2.pdf>

<sup>17</sup> <http://www.renet.at/main.php>

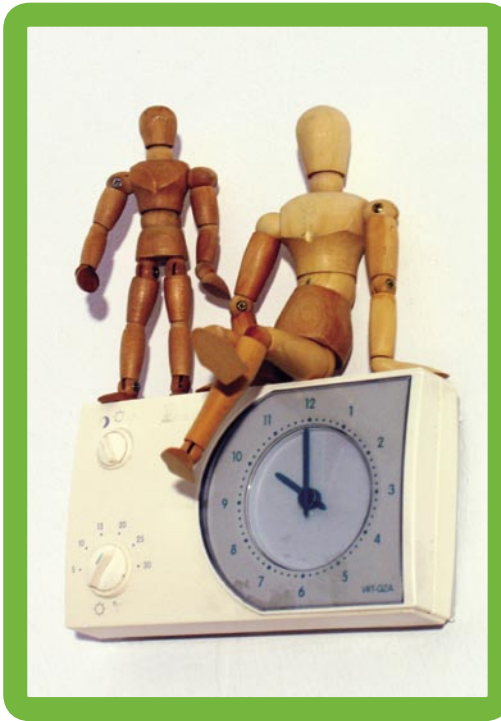
<sup>18</sup> <http://www.wien.gv.at/wirtschaft/eu-strategie/energie/energiepolitik/energiesparen/sep.html>



[Die Stadt Güssing erzeugt heute mehr Energie, als sie verbrauchen kann.]







kaum ein Thema war und Heizöl noch äußerst billig. SEP ist vor allem auf Energieeffizienz im Allgemeinen ausgerichtet, die speziell soziale Komponente steht nicht im Vordergrund, spielt aber natürlich trotzdem hinein. Für die Koordination von SEP ist das Energiedezernat der Stadt Wien (Magistratsabteilung 27) verantwortlich.

Die wichtigsten SEP-Maßnahmen:

- Steigerung der Sanierungsraten und -qualität
- Energetische Verbesserung der Gebäudegüte beim Neubau
- Effizienzsteigerung in der Heiz- und Kühltechnik
- Bewusstseinsbildung bei den Endverbrauchern

Bei den privaten Haushalten und Dienstleistungen liegt das Hauptaugenmerk auf der Raumwärme. Als öffentliches Dienstleistungsunternehmen spielt die Stadt Wien, die bei ihren Objekten eine Energiebuchhaltung einführen will, eine große Rolle.

Über die Sanierung der Wohnsiedlung am Schöpfwerk in Wien sowie das Thewosan-Förderprogramm wurde unter 2.2 bereits ausführlich berichtet.



Nach Information des Energiedezernatsleiter und Landesenergiebeauftragter der Stadt Wien, DI Andreas Eigenbauer, wird im Rahmen von SEP derzeit auch an neuen Schienen der niederschweligen Energieberatung (Heizung und elektrische Geräte), v. a. für SeniorInnen, gearbeitet.

### 2.4.3 Energieausweis für Gebäude in Salzburg

In Salzburg ist als bisher einzigem Bundesland Österreichs der Energieausweis schon seit 2003 für alle Gebäude Pflicht, für Neubauten bereits seit 1993.<sup>19</sup>

Alle EinwohnerInnen des Bundeslandes Salzburg sind berechtigt, ein Landesdarlehen für Altbausanierungen zu erhalten. Das Landesdarlehen muss über einen Zeitraum von zehn Jahren zurückgezahlt werden, real zinsfrei. Das Land deckt Sanierungen also zu 100 % ab, aber ein bestimmter Effizienzgrad muss nach der Sanierung verpflichtend erreicht werden. Falls die mit der Sanierung beauftragten Firmen diesen nicht erreichen, können die Kunden klagen.

### 2.4.4 Vorarlberger Passivhausstandard<sup>20</sup>

Im Jahr 2001 wurde die bis dahin klassisch wie in anderen Bundesländern gewährte Wohnbauförderung an energietechnische, bauökologische und baubiologische Richtlinien und Maßnahmen geknüpft. Seither spricht man von der „ökologischen Wohnbauförderung“.

Die energietechnische, bauökologische und baubiologische Beurteilung des Gebäudes bestimmt die Höhe der Förderung mit. Nach wie vor haben auch die finanzielle Situation des Förderungswerbers und die Familiengröße sowie die Bebauungsdichte einen Einfluss auf die Förderhöhe. Jährlich werden in Vorarlberg rund 140 Millionen Euro an Förderung für Neubau und Altbausanierung vergeben.

<sup>19</sup> [http://www.salzburg.gv.at/themen/ve/energie/energiesparen/energie\\_energieausweis.htm](http://www.salzburg.gv.at/themen/ve/energie/energiesparen/energie_energieausweis.htm)

<sup>20</sup> <http://www.energieinstitut.at/?sID=2640>

Für das einzelne Bauprojekt bedeutet dies, den Heizwärmebedarf so weit wie möglich zu senken (das Ergebnis ist im Energieausweis zu sehen) und dabei eine möglichst ökologische Vorgehensweise zu wählen (auch hier muss das Ergebnis im Gebäudeausweis erkennbar ausgewiesen sein).

Der „Passivhaus“-Baustandard gilt dabei als Vorbild. Dieser ist mit verschiedenen Bauweisen, -formen und -materialien zu erreichen. Er ist eine Weiterentwicklung des Niedrigenergiehaus-(NEH)-Standards. Der Begriff „Passivhaus“ kennzeichnet ein Gebäude, in dem ein behagliches Innenklima im Sommer wie im Winter ohne ein separates Heizsystem gewährleistet werden kann. Dies setzt vor allem voraus, dass der Jahreswärmebedarf nicht über 15 kWh/(m<sup>2</sup>a) liegt. Der noch erforderliche Restwärmebedarf kann dann durch eine Erwärmung der Zuluft über das ohnehin vorhandene Lüftungssystem erfolgen. Passivhäuser brauchen etwa 80 % weniger Heizenergie als Neubauten nach der deutschen Wärmeschutzverordnung 1995.<sup>21</sup>

### 2.4.5 Energieberatung NÖ

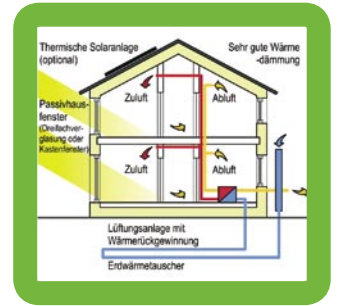
Die Energieberatung NÖ<sup>22</sup> ist ein Bürgerservice, der in Zusammenarbeit vom Amt der Niederösterreichischen Landesregierung und „die umweltberatung“ durchgeführt wird. Es handelt sich dabei um ein niederschwelliges, d. h. leicht zugängliches Beratungsangebot zu den Themen Bauen, Renovieren und Sanieren und Wohnen. Über eine Rufnummer oder per E-Mail ist eine kostenlose und unbürokratische Fachberatung zu Energiesparmaßnahmen in den genannten Bereichen erhältlich. Sollte Bedarf an weiterer Beratung bestehen, vermitteln die MitarbeiterInnen der Energieberatung persönliche Energieberatungen in der Nähe der Ratsuchenden in ganz Niederösterreich. Zusätzlich führt die Energieberatung spezielle Beratungen für Gemeinden und Schulen in Niederösterreich durch. Auf der Website ist auch ein umfangreicher Ratgeber zu verschiedenen Energieeffizienzthemen (u. a. Fenstersanierungen, Wohnraumlüftung, Mauer trockenlegung, Umgang mit Schimmel etc.) kostenlos downloadbar.

Nach Auskunft der Energieberatung kommen Anfragen aus dem ganzen Einkommensspektrum der Bevölkerung, auch von einkommensschwächeren Personen. Da Einkommensschwache tendenziell wenig Einfluss darauf haben, ob und wie Gebäude saniert werden, weil sie meist in Mietwohnungen leben, stellen sie nach Erfahrung der Energieberatung NÖ-MitarbeiterInnen eher Anfragen in Richtung Strom- und Energiesparen in der Wohnung.

Auf jeden Fall ist die Energieberatung NÖ ein gutes Beispiel für ein niederschwelliges Energieberatungsmodell, das es auch Personen im ländlichen Raum ermöglicht, auf einfachem Weg zu Energieeffizienz-Informationen zu gelangen. Einkommensschwache Haushalte werden einbezogen und „mitgenommen“.

<sup>21</sup> Das Land Vorarlberg führt an, durch die ökologische Wohnbauförderung im Wohnbereich Energieeinsparungen von 50 bis 80% zu ermöglichen.

<sup>22</sup> <http://www.energieberatung-noe.at>



[Schema Passivhaus.]

## 2.5 Europäische Beispiele

### 2.5.1 Britische Nationale Strategie zur Linderung von „Energiearmut“: UK Fuel Poverty Strategy<sup>23</sup>

[Das Vereinigte Königreich hat als einer der ersten Staaten weltweit eine nationale Strategie zur Linderung von „Fuel Poverty“, Energiearmut, konzeptuell entwickelt.]

Das Vereinigte Königreich (Großbritannien) hat als einer der ersten Staaten weltweit eine nationale Strategie zur Linderung von „Fuel Poverty“, Energiearmut, konzeptuell entwickelt und treibt diese seit Vorlage des ersten Berichts im November 2001 stetig voran. „Fuel poverty“ wird grundsätzlich definiert als „Schwierigkeit eines Haushalts, aus finanziellen Gründen eine gesunde Raumwärme (etwa 21 Grad in den Hautaufenthaltsräumen und 18 Grad in anderen bewohnten Räumen) aufrechtzuerhalten“. Als betroffen gelten „alle Haushalte, die mehr als zehn Prozent ihres Einkommens für Energie – hauptsächlich zu Heizungszwecken – aufwenden müssen“.<sup>24</sup>



Nach den Untersuchungen im Rahmen der Fuel Strategy waren im Jahr 2004 rund 2 Millionen Haushalte von Energiearmut betroffen, eineinhalb Millionen davon waren als „verletzliche Haushalte“ ausgewiesen.

Die UK Fuel Poverty Strategy unterscheidet nach „normalen“ von Energiearmut betroffenen Haushalten und besonders „verletzlichen Haushalten“ („vulnerable households“): solchen, in denen Kinder, ältere, chronisch kranke und/oder behinderte Personen leben. Die Energiearmut in diesen „verletzlichen Haushalten“ wird vorrangig bekämpft und soll als Zielsetzung der UK Fuel Poverty Strategy bis 2010 beendet werden. Die Maßnahmen gegen Energiearmut in den anderen betroffenen Haushalten sollen (in England, für Wales, Schottland und Nordirland gelten andere, ähnliche Zielsetzungen) bis November 2016 soweit greifen, dass kein Haushalt mehr in Energiearmut lebt. Als Hauptursache für „Energiearmut“ im Vereinigten Königreich wird eine Kombination von schlechter Energieeffizienz der Wohnhäuser, den steigenden Energiekosten und vor allem geringem Einkommen der Bewohner genannt.

Als bemerkenswertes Vorbild an der Schnittstelle Energieeffizienz & Armutsbekämpfung kann die UK Fuel Poverty Strategy auch für Österreich aus mehreren Gründen herangezogen werden, wenn auch nicht alles, was die UK Fuel Poverty Strategy ausmacht, auf österreichische Verhältnisse übertragbar ist und unterschiedliche Ausgangssituationen vorliegen.

Grundsätzlich hervorzuheben ist der interministerielle Ansatz der strategischen Programmleitung: Die UK Fuel Poverty Strategy wird von zwei Ministerien (DEFRA – Department for Environment, Food and Rural Affairs und DTI – Department of Trade & Industry, Abteilung Energy) zusammen getragen, jeweils ein Staatssekretär in jedem Ministerium ist damit beauftragt. Aufgrund der komplexen Schnittstellenmaterie gibt es seit 2002 die „Fuel Poverty Advisory Group“<sup>25</sup> als externes Beratungsgremium, das von beiden Ministerien finanziert wird.

Der Ausgangspunkt der UK Fuel Poverty Strategy ist eine soziale und gesundheitspolitische Frage, nämlich die verbreitete Armut, die zur Folge hat, dass sich viele Haushalte ausreichendes Heizen kaum leisten können. Davon ausgehend ist in den letzten Jahren in Großbritannien eine hinsichtlich

<sup>23</sup> <http://www.defra.gov.uk/environment/energy/fuelpov/index.htm>

<sup>24</sup> <http://www.dti.gov.uk/energy/fuel-poverty/index.html>

<sup>25</sup> <http://www.dti.gov.uk/energy/fuel-poverty/fpag/members/page16130.html>

Quantität und Qualität beachtliche Menge an empirischen Studien zu der Frage, wie viele Menschen und warum von Energiearmut nach britischer Definition betroffen sind, durchgeführt worden.

Bemerkenswert, dass die umwelt- und klimapolitische Frage, die in Österreich in Hinsicht auf Energieeffizienz vorrangig ist, bislang in der UK Fuel Poverty Strategy eher nebensächlich behandelt wurde. Während das Thema Energieeffizienz in Österreich bislang fast ausschließlich Thema der Umwelt- und Klimapolitik gewesen ist, ist es in Großbritannien stark mit Sozialpolitik verknüpft, wogegen Erneuerbare Energien, „Alternativ“-Energieträger, Ölsubstitutionsmaßnahmen für Einkommensschwache etc. bislang kaum diskutiert worden sind.



Österreich und Großbritannien könnten von der Erfahrung des jeweils anderen Landes profitieren. Österreich könnte anhand der UK Fuel Poverty Strategy viel darüber lernen, wie empirische Studien und daraus folgende Maßnahmen zum Thema Energiearmut aussehen können, und Großbritannien umgekehrt erfahren, wie die Unterstützung der öffentlichen Hand umwelt- und klimafreundlichen Technologien zum Durchbruch im Wohnbereich verhelfen kann.

[Österreich und Großbritannien könnten von der Erfahrung des jeweils anderen Landes profitieren.]

### 2.5.2 Belgien

Neben Zuschüssen, Energiesteuern gibt es in Belgien noch eine andere Idee, zum Energiesparen zu motivieren. Dort hat der Umweltminister Bruno Tobback ein System eingeführt, das die OECD als weltweit bestes Modell sozialen Ressourcen-Managements bezeichnet.

Beispiel Wasser: Jeder bekommt pro Kopf eine Mindestmenge kostenlos. Der Verbrauch über dieses Mindestmaß hinaus ist dagegen sehr teuer und finanziert den Verbrauch der Mindestmengen aller mit.

Dieses System hat vier Vorteile:

- Niemandem wird Strom oder Wasser abgestellt, die Mindestmenge für menschenwürdiges Leben ist garantiert.
- Da höherer Verbrauch sehr teuer ist, enthält das System einen starken Anreiz zu ressourcenschonendem Verhalten.
- Da Arme innerhalb des Kontingents nicht belastet werden, ist es möglich, nach und nach alle Umweltkosten in die Preise zu internalisieren.

# Annex: Handlungsmatrix Energieeffizienz & Armut

Entwurf Umweltbundesamt | Stand März 2007

Handlungsfelder	Eigenheim	Genossenschaft	Mietwohnung	Untermiete
<b>Handlungsfeld Beratung</b>				
Allgemeine Energieberatung				
Vor-Ort-Check				
Versand Broschüren				
Energiebuchhaltung für Haushalte				
<b>Handlungsfeld Mobilität</b>				
Fahrkostenzuschuss ÖV				
Fahrkostenzuschuss Öko PKW				
Fahrkostenzuschuss Car Sharing				
Organisationsunterstützung Car-Pool				
<b>Handlungsfeld Heizung</b>				
Heizungscheck				
Heizungsoptimierung Etage				
Heizungsoptimierung Zentral				
Kesseltausch Etage				
Kesseltausch Zentral				
Fern- bzw. Nahwärmeanschluss				
Zuschuss verbilligter Brennstoff				
Solare Warmwasserheizung				
Tauschaktion Umwälzpumpe				
<b>Handlungsfeld Elektrogeräte</b>				
Zuschuss effiziente A++ Geräte				
Stand-by-Blocker				
Effiziente Beleuchtung				
<b>Handlungsfeld Gebäudehüllensanierung</b>				
Fenstertausch				
Hüllensanierung				

Kostengünstig und leicht umsetzbar
Hohe spezifische Kosten
Mieter/Nutzerproblematik
Externer Moderationsbedarf



## FORUM Nachhaltiges Österreich

Mit dem „Forum Nachhaltiges Österreich“ ist im September 2002 in Übereinstimmung mit UN- und OECD-Richtlinien zu Nachhaltigkeits-Strategieprozessen und dem Umsetzungskapitel der österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie ein unabhängiges Expertenpanel eingerichtet worden.

Das Forum wird von Hubert Dürrstein, Rektor der Universität für Bodenkultur, und dem Caritas Präsidenten Franz Küberl geleitet. Es bringt etwa 50 WissenschaftlerInnen, NGO VertreterInnen und andere ExpertInnen zusammen, die vom Lebensminister berufen werden. Das Forum begleitet die Aktivitäten des Komitees für ein Nachhaltiges Österreich und ist um eine „externe Qualitätssicherung“ der Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie bemüht.

Um diese Aufgabe wahrnehmen zu können haben nehmen dessen Mitglieder auch an den laufenden thematischen Arbeitsgruppen des Komitees teil.

Seit September 2002 hat das Forum Nachhaltiges Österreich den Strategieprozess und seine Umsetzung in mehreren Plenarsitzungen und Arbeitsgruppen diskutiert. Seit 2004 geht das Forum neben den gemeinsamen Sitzungen mit dem Komitee für ein Nachhaltiges Österreich vor allem auf virtuelle, internetgestützte Diskussionen und Arbeitsgruppen über.

Die Kombination von ausführlicher Kritik, konstruktiven Verbesserungsvorschlägen und thematischen Aktivitäten in den Stellungnahmen und Positionspapieren bestätigen den Anspruch des Forums, ein unabhängiges Expertengremium zu sein, das den Prozess der Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie beratend unterstützt.

[[www.forum-nachhaltigkeit.at](http://www.forum-nachhaltigkeit.at)]  
[[www.forum-sustainability.at](http://www.forum-sustainability.at)]

### IMPRESSUM

**Trendreport\_01:** Energieeffizienz im Wohnbereich & Armutsbekämpfung; Wien, 2007. **Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:** Forum Nachhaltiges Österreich; [www.nachhaltigkeit.at/forum](http://www.nachhaltigkeit.at/forum). Der Trendreport\_01 wurde nach Vorgaben der AG Energie des Forums von Karin Chladek geschrieben und nach den Diskussionen in einer Forumssitzung wie einer externen Expertenrunde überarbeitet. Franz Meister, Umweltbundesamt hat die grundlegenden Zahlen und ökologischen Fakten beigeleitet. **Fotos:** Ramona Heim/fotolia.de [Seite 9], fux/fotolia.de [Seite 2/2], Passivhausinstitut/http://commons.wikimedia.org [Seite 23], [www.guessing.co.at](http://www.guessing.co.at) [Seite 21]; alle anderen Fotos (außer Seite 3): Gerhard Sturm, Hilde Matouschek. **Grafik:** Hilde Matouschek | [www.officina.at](http://www.officina.at). **Druck:** digitaldruck.at.



## Energieeffizienz im Wohnbereich & Armutsbekämpfung

Die Steigerung von Energieeffizienz gilt neben der Energieeinsparung als wichtige Maßnahme, um den nationalen CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu senken und damit zum Klimaschutz beizutragen. Eine nachhaltigere und umweltfreundlichere Energiewirtschaft mit höherer Energieeffizienz hat auch eine mittel- und langfristige Kostenersparnis für die Volkswirtschaft zur Folge. Es liegt aus umweltpolitischen Gründen in staatlicher Verantwortung, finanziell schwächere BürgerInnen in der tendenziell investitionsintensiven Umbauphase entsprechend zu unterstützen.

Mit Unterstützung von:



DG Environment



[[www.forum-nachhaltigkeit.at](http://www.forum-nachhaltigkeit.at)]

[[www.forum-sustainability.at](http://www.forum-sustainability.at)]

**Forum Nachhaltiges Österreich**

A-1150 Wien, Diefenbachgasse 36

Tel.: +43 1 8923877

[forum@nachhaltigkeit.at](mailto:forum@nachhaltigkeit.at)